

Verantwortl. Redakteur: A. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Grahmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
folgt das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitschrift oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

Von der Cholera.

Der Nachdienst in den Desinfektionsanstalten des Berliner Magistrats, eingerichtet wegen der Choleraepidemie, ist wegen Mangels an Beschäftigung der betreffenden Beamten auf Beschluß des Magistrats von gestern eingestellt worden. Der Sonntagsdienst in den genannten Anstalten wird dagegen noch einwirken und zwar bis 11 Uhr Abends beibehalten werden.

Elbing, 14. Oktober. Die Stadtverordneten bewilligten aus dem Ueberfluß der Gelder, welche 1888 für die Ueberfluthung der Stadt wiederhergestellt wurden, 1000 Mark für die Notleidenden in Hamburg.

Kraus, 14. Oktober. (W. T. B.) Seit der letzten Meldung ist hier Niemand an Cholera erkrankt und in den letzten vier Tagen an der Krankheit Niemand gestorben. Aus Pleszew bei Podygorz sowie aus Niespolowice wird je eine neue Erkrankung und aus Zwierzyniec ein Todesfall gemeldet.

Amsterdam, 14. Oktober. (W. T. B.) Aus Utrecht werden zwei Erkrankungen an Cholera und ein Todesfall, aus IJsselstein eine Erkrankung und ein Todesfall und aus Gorinchem und Gonda je ein Todesfall gemeldet.

Rom, 14. Oktober. Ein Regierungserlaß ordnet ärztliche Untersuchung für alle Schiffe aus den französischen Mittelmeerhäfen an, sowie Quarantäne in Marseille im Falle von verdächtigen Erkrankungen an Bord. An der ganzen Landesgrenze finden lediglich Desinfizierungen unrunder Effekten statt.

Deutschland.

Berlin, 15. Oktober. Zur Revision des konföderativen Programms äußert sich der Reichstagsabgeordnete Freiherr v. Triesen in einer ausführlichen Aufschrift an die „Stettiner Zeitung“. Herr von Triesen berichtet darin als Mitglied der Programm-Kommission „aus eigener Anschauung“ das Folgende:

„Es mußte vor Allem unsere gesammte jetzige Gesetzgebung daraufhin geprüft werden, inwieweit dieselbe eine sichere Unterlage zu bieten vermag, um auf ihr eine dauernde und stetige Weiterentwicklung unseres innern Rechts- und Verfassungslebens begründen zu können. Es kam hierbei nicht bloß darauf an, die bestehenden Gesetze durchzugehen, sondern auch die Entstehung derselben, die Verhandlungen, welche sie gefördert haben, näher zu untersuchen. Es mußte sodann die Frage erörtert werden, inwieweit diese Gesetzgebung den Bedürfnissen der Gegenwart entspricht, inwieweit Wünsche und Anträge auf Änderungen vorliegen, in welcher Richtung endlich die weitere Entwicklung dieser Gesetzgebung wünschenswert sei. Es mußte aber auch die Gesetzgebung anderer nicht deutscher Staaten erörtert werden, um an ihr die Frage beantworten zu können, inwieweit unsere deutsche Gesetzgebung denselben gegenüber Vorzüge oder Mängel aufzuweisen hat. — Bei der weiteren Frage hinsichtlich der Weiterentwicklung der Gesetzgebung war es jedoch nicht ausreichend, nur den jetzigen Stand und die Entwicklungsgeschichte derselben, sowie die von konföderativer Seite aufgetauchten Wünsche und Anträge zu kennen, sondern es mußte auch erörtert werden, inwieweit bei unseren Vorschlägen eine Zustimmung von anderen Parteien bez. der Regierung zu erwarten sei. Diese Erörterungen waren dringend notwendig, wenn die Arbeit der konföderativen Partei an der Weiterentwicklung unserer Gesetzgebung nicht stösende bleiben soll. In diesem Zusammenhang stehe an, daß die konföderative Partei will einen dauernden festen Bau aufzuführen. Dazu bedarf sie der gewissenhaften Prüfung des Baugrundes, des festen Mörtels für den Weiterbau. Das sind keine theoretischen, sondern praktische positive Forderungen von eminenter Bedeutung für die Zukunft unseres Volkes. Neben dieser Arbeit auf dem weiten Felde der positiven Gesetzgebung galt es Erörterungen über den Entwicklungsgang der Rechtsaufbauarbeiten in unserem Volke anzustellen. Nicht nur die Arbeit der eigenen Partei und ihr Einfluß auf diesen Entwicklungsgang seit Begründung des deutschen Reiches, sondern auch die der anderen Parteien mußten ebenso gründlich wie sachlich geprüft werden, hiernach das weitere Aktionsprogramm in allgemeinen Grundgedanken feststellen, die Organisation der Partei, ihre Vertretung in der Presse u. s. w. erörtern werden. Auch diese Arbeit hat ihr positive praktische Ziele im Auge, nicht aber theoretische Doktrinen, mit denen uns zu befassen die Zeit zu eint ist. Ich kann mittheilen, daß diese Arbeiten so weit gediehen sind, um einem baldigen Abschluß entgegengeführt werden zu können.“

Herr Freiherr v. Triesen bemerkt ferner, daß der Termin für das Zusammenkommen der Parteitagung noch unbestimmt sei, daß es aber weder darauf ankomme, daß der Parteitag bald stattfinden, noch daß dort schon Rede gehalten, sondern vielmehr darauf, daß der Verfassungsausschuß praktische, positive Unterlagen geboten werden. „Eins kann ich aber — so heißt es am Schluß der Aufschrift — schon heute feststellen: Die Vorarbeiten der Kommission, die Verhandlungen mit den Gesinnungsgenossen aus allen Theilen Deutschlands haben jetzt bereits eine allgemeine Uebereinstimmung mit den großen von uns zu erstrebenden Zielen erkennen lassen. Mit Zuversicht können wir dem also vorbereiteten Parteitage entgegengehen und uns der gewissen Hoffnung hingeben, daß derselbe nicht nur die Einheit der großen konföderativen Partei betätigen, sondern auch die Grundlage für weitere lebhafte Verbindungen bieten wird.“

Zur Mittheilung schreibt der konföderative „Reichsbote“, der bekanntlich für die dreijährige Dienstzeit eintritt, aber auch Stimmen für die zweijährige Dienstzeit zu Worte kommen läßt, jetzt wieder an leitender Stelle:

„Die Regierung wird mit dieser Vorlage einen schweren Stand haben; denn sie hat für dieselbe auf seiner Seite Freunde, die sich mit voller Zustimmung dafür ins Zeug legen könnten, und eine solche Vorlage ist, wenn nicht Unvorhergesehenes eintritt, ausgemacht. Die Regierung hat die zweijährige Dienstzeit in die Vorlage aufgenommen, um den Liberalen die Zustimmung zu erleichtern, erlebt aber jetzt schon, daß das umsonst ist, und man hat dadurch nur erreicht, daß den Konföderativen die Zustimmung erst recht erschwert, ja unmöglich gemacht ist;

denn wenn für sie schon die großen Kosten ein großes Hinderniß sind, wenn sie auch im Interesse der Wehrkraft des Vaterlandes zu den möglichsten Opfern bereit wären, so wird ihnen durch das Zugeständnis der liberalen Forderung der zweijährigen Dienstzeit die Vorlage völlig verleidet. Die liberalen Parteien acceptiren das Zugeständnis der zweijährigen Dienstzeit mit Vergnügen, aber sie hoffen, nachdem ihnen die Regierung in diesem Punkte nachgegeben, werde sie auch in Bezug auf die Zahl der Soldaten und die Beschränkung der Ausgaben nachgeben. So ist die Sachlage eine recht able. Die hohen Ziffern, welche die Regierung in Bezug auf Mannschaften und Geld in ihre Vorlage eingesetzt hat, erlaubt sie nicht, und nachdem sie die zweijährige Dienstzeit nun einmal für zulässig erklärt hat, wird sie auch eine geringere Erhöhung der Truppenziffer und der Finanzen nur unter dem Zugeständnis derselben erreichen können.“

— Gegen Darnad hat nun auch der Vorstand der landesrechtlichen Vereinigung der Freunde der positiven Union mit folgender Erklärung Stellung genommen:

„Es wird Sache der im Frühjahr 1893 stattfindenden landesrechtlichen Versammlung der Freunde der positiven Union sein, zu dem Fall Darnad endgültig Stellung zu nehmen. Inzwischen hält sich der Vorstand dieser Gruppe bei seiner heutigen Zusammenkunft aus Grund ihres Programms, welches das Drängen auf neue Reformen abweist, für berechtigt und verpflichtet, seine Meinung dahin kundzugeben, daß er über die von Herrn Professor Dr. Darnad herbeigeführten Erörterungen und das dadurch gegebene schwere Vergerniß sein tiefes Bedauern ausdrückt. Er erachtet die Stellung dieses Gelehrten zum Apostolat für biblisch nicht begründet und für fälschlich so gefährlich, daß um des Gewissens und des Bekenntnisses willen eine Abwehr dringend geboten ist.“

Unterzeichnet ist die Erklärung von den Herren Dahn, Mathis, Pfeiffer, Stöcker, von Strubberg, Weber, von Webel.

— Die Kommission für die zweite Lesung des Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuchs für das deutsche Reich setzte die am 6. Juli d. J. abgebrochenen Verhandlungen am 13. Oktober fort. Sie erledigte, wie der „Reichs- und Staats-Anzeiger“ meldet, in den Sitzungen vom 10. bis 12. Oktober zunächst die früher ausgesetzten Vorschriften über die Leibrente (§§ 660 bis 663). Der sachliche Inhalt der §§ 660 bis 662 über die Dauer der Leibrente, deren Vorauszahlung und über die Zeitperiode, auf die sich der bestimmte Betrag im Zweifel bezieht, wurde von keiner Seite beanstandet. Auch der § 663, der bestimmt, daß die nach den §§ 660 bis 662 für den Verrentenvertrag geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung finden sollen, wenn die Verpflichtung zur Entrichtung einer Leibrente auf Verfügung von Todeswegen, Urtheil oder Gesetz beruht, fand unter Streichung des Wortes „Urtheil“ Zustimmung.

Die Verathung der Vorschriften über Spiel und Wette (§§ 664, 665), sowie über den Diebstahl (§§ 666, 667) wurde einflußlos angelegt. Der Titel über die Bürgerpflicht (§§ 668 bis 670) hat bereits früher seine Erledigung gefunden. Der folgende, von dem Verfassungskommissionen hergeleitete Titel (§§ 681, 682) wurde gestrichen.

Die Verathung wandte sich sodann den Vorschriften der §§ 683, 684 über das Schuldverprechen und das Schuldanerkenntnis zu. Von einer Seite war bei dieser Gelegenheit beantragt, den Anerkennungsvortrag nicht mit dem Entwurf der Beschränkung auf Schuldverhältnisse, sondern mit Rücksicht darauf, daß dieser Vertrag, namentlich in der Verbindung mit dem Vergleich, auch für die anderen Rechtsgemeinschaften von großer praktischer Bedeutung sei, allgemein zu regeln und demgemäß in den allgemeinen Theil des Gesetzbuchs nähere Vorschriften über die Wirkungen eines auf das Versehen oder Nichtwissen eines der Verfallenden der Parteien unterliegenden Rechts-Verhältnisses gerichtet in vertragmäßigen Anerkennungsaufnahmen. Der Antrag ging von der Auffassung aus, daß die Wirkungen eines solchen Anerkennungsaufnahmevertrages nach den Grundgedanken des Konstitutionsrechts. Nach eingehender Erörterung wurde der Antrag abgelehnt. Dagegen wurde der § 683, welcher bestimmt, daß, wenn in einem von dem Gläubiger angenommenen Verprechen einer Leistung oder in einem von dem Schuldner angenommenen Anerkennungsaufnahme, so einer Leistung verpflichtet zu sein, ein besonderer Verpflichtungsgrund nicht oder nur im Allgemeinen bezeichnet ist, das Verprechen oder Anerkennung nur dann gültig sein soll, wenn es von dem Schuldner in schriftlicher Form erteilt ist, sachlich nach dem Entwurf angenommen, jedoch unter Beibehaltung der Unterscheidung zwischen einer allgemeinen und speziellen Beziehung des Verpflichtungsgrundes und mit dem Zusatz, daß, wenn für das Schuldverprechen oder für die Begründung des Gegenstandes des Anerkennungsaufnahmevertrages ein besonderer Grund, wie zum Beispiel bei dem Scheitlungs-Verprechen (§ 441) oder der vertragmäßigen Verpflichtung zur Uebertragung von Grundeigentum (§ 351) vorgeschrieben ist, auch das Schuldverprechen oder der Anerkennungsvortrag dieser Form bedarf. Abweichend von dem Entwurf wurde andererseits beschlossen, daß eine schriftliche Erklärung des Leistungsvorgangs oder der Anerkennungserklärung nicht erforderlich sein solle, wenn das Schuldverprechen oder das Schuldanerkenntnis im Wege der Abrechnung oder des Vergleichs erteilt werde. Einvernehmen bestand, die Vorschriften des § 684 über die Voraussetzungen, unter welchen ein Schuldverprechen oder ein Schuldanerkenntnis wegen mangelnden rechtlichen Grundes angefochten werden kann, hier zu streichen, unter dem Vorbehalte, bei der Verathung des Titels über die Verrechnung (§§ 737 ff.) auf die Frage zurückzukommen, ob und inwieweit es erforderlich sein werde, neben den allgemeinen Vorschriften über die Konstitution für das Schuldverprechen und das Schuldanerkenntnis besondere Vorschriften aufzunehmen.

Nach Erledigung der §§ 683, 684 trat die Kommission in die Verathung der früher ausgesetzten Frage ein, ob eine dem § 290, Abs. 3 entsprechende Vorschrift über den sogenannten negativen Schuldanerkenntnisvertrag aufgenommen werden solle. Die Mehrheit entschied sich dafür, dem § 290, Abs. 3, der nach den früheren Beschlüssen sich auf die Bestimmung beschränkt, daß das Schuldverhältnis erlosche, wenn der Gläubiger dem Schuldner durch Vertrag die Schuld erläßt, als Abs. 2 die Vorschrift beizufügen, daß das Gleiche gilt, wenn der Gläubiger dem Schuldner gegenüber vertragsmäßig anerkennt, daß das Schuldverhältnis nicht bestehe. Schließlich wurde noch eine Reihe von Anträgen erledigt, die auf Anregung der Redaktionskommission verschiedene früher gefasste Beschlüsse in einzelnen Punkten zu ändern bezweckten.

— Der Eintritt des deutschen Gesandten in Peking, von Brandt, wird als bevorstehend angekündigt. Die „Köln. Ztg.“ schreibt zur Notiz:

„Der deutsche Gesandte in China, v. Brandt, hat sich in Tschiu mit der Tochter des amerikanischen Generalconsuls in Korea, Miss Peart, verlobt. Die Hochzeit sollte Mitte August in Tschiu stattfinden. Leider aber hat nun der Gesandte die Genehmigung nicht erhalten können wegen einer Bestimmung, wonach deutsche Gesandte nicht die Töchter eines fremden Landes heirathen dürfen, aus dem wohlverständlichen Grunde, weil durch eine solche Heirath die Integrität in der einen oder anderen Weise beeinträchtigt werden könnte. In Folge dessen wird Herr von Brandt seinen Abschied nehmen müssen und, wie man sagt, bereits im nächsten Frühjahr seinen Posten verlassen.“

Die „Köln. Ztg.“ bemerkt dazu: Diese Entscheidung erscheint unzureichend. Es gibt keine Bestimmung, wonach deutschen Gesandten die Heirath mit Ausländerinnen verboten wäre; mehr als ein deutscher Gesandter ist mit einer Ausländerin verheiratet. Sie bedürfen allerdings einer ausdrücklichen Genehmigung dazu. Es wird somit eine ausreichende Erklärung notwendig sein, sofern Herr von Brandt, der als der beste Kenner Chinas in der vorigen fremden Diplomatie gilt, seinen Posten wirklich verlassen sollte. Eine solche Erklärung würden gewisse bitterböse Worte, die schon lange über die Abberufung bewährter Männer von wichtigen Posten und über ihre Ersetzung durch ungeeignete oder doch unerprobte Persönlichkeiten im Umlauf sind, verdrängen. In der „Köln. Ztg.“ wird der Generalconsul Dr. Stübel in Shanghai als ein der Aufgabe in Peking gewachsener Mann, also, wie es scheint, als präsumierter Nachfolger genannt. Herr Dr. Stübel ist erst seit ziemlich kurzer Zeit in Shanghai; er war früher auf den Samoa-Inseln tätig; dieselben sind allerdings auch weit von Berlin entfernt, doch scheint uns aber die einzige Ähnlichkeit zwischen dem dortigen Wirkungsfeld und dem in Peking zu sein. China kann demnach für die Industrie und den Handel Deutschlands von großer Bedeutung werden; alle Nationen weiten dort ihren Erzeugnissen Eingang zu verschaffen, und es kommt sehr viel darauf an, in Peking durch einen Diplomaten vertreten zu sein, der Land und Leute, beides für den Europäer so fremdartig, genau kennt.

Die Ausfertigung der Bestimmungen des Brandtweinsteuergesetzes über die steuerfreie Verwendung von Spiritus zu Heil- bezw. wissenschaftlichen Zwecken hat bekanntlich zu vielfachen Schwierigkeiten geführt. Die Denaturierung ist hier nach der Art der Verwendung ausgeschlossen. Andererseits sind die Mengen Spiritus, welche in den betreffenden gewerblichen Anlagen, insbesondere in den Apotheken, zur Verwendung gelangen, zu geringfügig, als daß eine amtliche Ueberwachung des Betriebes eintreten könnte. Da nun jedoch von allen jenen Anstalten auch Erzeugnisse hergestellt werden, welche in unverändertem Zustand oder nach Veredlung mit Wasser als Trinkbranntwein genossen werden können, auf diese aber die Steuerfreiheit nicht ausgedehnt werden darf, so mußten Anordnungen getroffen werden, welche einem Mißbrauch der Steuerfreiheit vorbeugen sollten. Den Erlaß dieser Anordnungen hatte fernerseit der Bundesrath den obersten Finanzbehörden der Einzelstaaten übertragen, sich jedoch für die Zeit, in welcher er das nöthige Material zur endgültigen Beantwortung der Frage erhalten haben würde, eine einheitliche Regelung der Anordnungen vorbehalten. Die Einzelstaaten trafen nun sehr verschiedene Maßnahmen. Einzelne derselben waren für die betreffenden Gewerbetreibenden so drückender Art, daß nicht bloß in der Presse, sondern auch bei der Verathung der Novelle zum Brandtweinsteuergesetz in der vorigen Session im Reichstage Klage darüber geführt wurde. Als die Klagen in die Öffentlichkeit kamen, waren jedoch schon seitens des Reichshofraths Verhandlungen eingeleitet, um Abhilfe zu schaffen. Zunächst wurden die Anordnungen sämtlicher Bundesregierungen zur Sache eingeholt. Sodann fanden im Reichshofrath im vorigen Winter wiederholt Besprechungen statt, an welchen auch Sachverständige aus den Apotheken theilnahmen. Die Ergebnisse dieser Verhandlungen wurden nochmals den Bundesregierungen zur Beantwortung überandt. Und diese Gutachten sind nunmehr im Reichshofrath eingebracht. Es ist demnach die Hoffnung vorhanden, daß der Bundesrath noch im kommenden Winter sich mit der einheitlichen Regelung der Ausfertigungsbestimmungen über die steuerfreie Verwendung von Spiritus zu Heil- bezw. wissenschaftlichen Zwecken befassen wird.

Ueber Dr. Peters gingen in den letzten Tagen verschiedene Mittheilungen durch die Presse. Sie betrafen seine Rückkehr nach Deutschland, die sie entweder in nahe Aussicht stellten oder noch in weiter Ferne setzten. Wie ein der „Köln. Ztg.“ zur Verfügung gestellter Privatbrief aus Ostafrika zeigt, sind beide Meldungen nicht ganz richtig. Der Verfasser des Briefes, der Herr Peters sehr nahe steht und seine Absichten für die Zukunft genau kennt, schreibt über Gegenwart und Zukunft: „Die Grenzregulierungsarbeiten in Ostafrika gehen langsamer vorwärts, als zu erwarten stand, da die sämtlichen Herren der englischen Expedition in der Niederrung am Umba fieberkrank geworden sind. Somit dürfte sich die Expedition bis Dezember dieses Jahres oder Januar nächsten Jahres hinziehen. Nach Durchführung derselben wird der Reichskommissar Dr. Karl Peters sofort nach Europa zurückkehren. In ein Zurückbleiben derselben auf seinen früheren Posten am Kilimandscharo ist nicht zu denken. Dr. Peters hat von vornherein nicht die Absicht gehabt, am Kilimandscharo länger zu bleiben, als

bis die Grundlagen zu einer Verbindung desselben mit der Küste geschaffen wären, und nachdem dies geschehen war, sofort seinen Wunsch nach einem großen Wirkungsfeld ausgesprochen. Schon im Februar dieses Jahres war es ausgemacht, daß Dr. Peters nach Beendigung der Grenzregulierungsarbeiten zunächst nach Deutschland zurückkehre.“

Burgsteinfurt, 14. Oktober. Die Königin und die Königin-Regentin von Holland sind zum Besuche des Fürsten Bentheim-Steinfurt aus Arolsen hier eingetroffen. Der Bürgermeister Terberger hielt eine Ansprache. Die Stadt ist prächtig geschmückt.

München, 14. Oktober. (W. T. B.) Wie der „Generalanzeiger“ meldet, hat Bruno Pliginskii den Vorsitz in dem wissenschaftlichen Künstlerverein niedergelegt. Zu seinem Nachfolger ist Walter Dill gewählt worden.

Oesterreich-Ungarn.

Troppan, 14. Oktober. Die schlesische Landesregierung verbot die Abhaltung einer für heute anberaumten Versammlung dreier deutscher Vereine, welche gegen die geistliche Forderung, daß der Gemeinderath die Bekannmachungen auch in der tschechischen Sprache publiciren solle, protestiren wollten.

Wien, 14. Oktober. (W. T. B.) [Telegraphisches Bureau.] Auswärtiger Ausschuss der ungarischen Delegation. Der Minister des Auswärtigen Graf Kalnoky sprach seine Genehmigung und seinen Dank für die freundlichen Worte der Billigung aus, die sowohl der Referent als auch die übrigen Mitglieder der Delegation zu seinen Darlegungen ausgesprochen hätten. Es sei allerdings schwer für ihn, ohne langweilig zu werden, über die auswärtige Lage etwas anderes zu sagen, als was bereits im österreichischen Ausschuss von ihm gesagt worden sei. Fortwährend wiederholte friedliche Versicherungen können zur Phrasen werden; dies sei dann nicht geeignet, die Friedenszuversicht zu verstärken. Was den Dreibund betreffe, so lasse sich nicht in Abrede stellen, daß er Gegenstand der Aufmerksamkeit von mancher Seite sei. Eben darum könnten die warmen Worte, welche im Ausschuss sowohl bezüglich des Grundprinzips als des Ausbaues, der Entwicklung und der Resultate dieses Bündnisses gesprochen seien, nur von den besten Wirkungen begleitet sein. Die Minister könnten nur wiederholen, daß hinter diesen Bündnissen nichts Verstecktes laueren. Es sei ein klarer Bund mit bestimmten Zwecken zur Sicherung der betheiligten Staaten. Anfanglich seien allerdings mehrfach Zweifel laut geworden, ob heutzutage Bündnisse ausschließlich zu Friedenszwecken geschlossen werden könnten. Jetzt seien die Zweifel fast ganz geschwunden. Die Bevölkerung habe bei dem wachsenden Gefühl der Verthigung die Ueberzeugung gewonnen, daß unter dem Schutze dieses Bündnisses die Entwicklung ihrer vielen materiellen Interessen, trotz mancher politischer Unsicherheiten, ungehindert und erfolgreich gefördert werden könne. Er sei überzeugt, daß dieses Bündnis auch in Zukunft sich als ein gutes und den Interessen des Landes entsprechendes erweisen werde. Es sei wohl richtig, daß ein durch Jahrzehnte dauernder Bündnisvertrag im Voraus nicht für alle möglichen Fälle der Zukunft Vorproben treffen könne, allein der Umstand, daß die Theilnehmer am Dreibund in steter freundschaftlicher Fühlung ständen, am Geiste desselben trenn festhielten und sich in diesem Sinne einigsetzten hätten, sei ein bemerkenswerther Faktor für alle Eventualitäten. Daher könne auch der Zukunft mit Verthigung und vollem Vertrauen entgegengekehrt werden. Was die vom Grafen Apponyi angeregte Frage betreffe, ob eine Fortdauer der guten Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu England und den anderen Mächten zu hoffen sei, so könne er nur erklären, daß er diese Hoffnung hege, weil die Fortdauer dieser Beziehungen nicht nur im Interesse Oesterreich-Ungarns, sondern auch in dem Interesse der anderen betheiligten Mächte liege. Er könne bezüglich des Verhaltens einer fremden Regierung allerdings keine bestimmte Erklärung abgeben, nach seiner Kenntnis der Verhältnisse aber und nach der Art und Weise, wie die bisherige auswärtige Politik der englischen Regierung von der Bevölkerung Englands begünstigt worden sei, halte er die Erwartung für gerechtfertigt, daß der neue Minister der auswärtigen Angelegenheiten in England, welcher obendrein bereits einmal Gelegenheit gehabt habe, als Leiter der auswärtigen Politik zwischen zwei Tory-Regierungen die Kontinuität dieser Politik zu betätigen, auch jetzt an den großen Zielen derselben festhalten werde. Das sei seine Meinung, wenn er auch begreiflicherweise die Intentionen einer fremden Regierung keine Garantie übernehmen könne. Was Serbien betreffe, theile er durchaus den Wunsch, daß es dort endlich zu stabilen Verhältnissen kommen möge. Er habe nicht den geringsten Grund, zu befürchten, daß die bisherigen Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu diesem Nachbarlande eine Zügelung erfahren würden, und halte sich eher berechtigt, das Gegentheil anzunehmen. Bezüglich Rumaniens sagte der Minister, die von Graf Apponyi angeregte Frage sei sehr heikel. Graf Kalnoky fuhr fort: Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß der König und die Regierung Rumaniens sich gegenüber eine durchaus korrekte Haltung einzunehmen beabsichtigen. Es mag aber nicht immer leicht sein, nationalen Strömungen entgegen zu treten und wenn in der Nachbarschaft sich Vorfälle ereignen, die aus unangenehmem Ansehen, so muß man immer kalten Blutes erwägen, was besser ist, aus diesen Verhältnissen viel Aufhebens machen oder dieselben ruhig vorbeiziehen lassen, wo sie dann meist im Sande verlaufen. Der von dem Grafen Apponyi erwähnte Fall bezüglich des dortigen Kulturvereins ist ihm (dem Minister) nicht bekannt. Wohl aber habe er Kenntniss von einigen anderen Zwischenfällen erhalten, welche nicht ungerührt bleiben konnten, und das Auswärtige Amt habe auch bezüglich dieser Fälle jedesmal verhandelt und wie der Minister beifügen könne, nicht ohne Erfolg. Leider seien es zum Theil eigene Staatsangehörige, welche jenseits der Grenze derlei Unannehmlichkeiten bereiten.

Was die von dem Referenten angeregte Frage über den künftigen diplomatischen Schritt Rumaniens in Konstantinopel betreffe, so müsse er (der Minister) zunächst bemerken, daß es sich hier nicht um eine offizielle Note, sondern um eine von der russischen Regierung an ihre Vertreter gerichtete und der Pforte mitgetheilte Depesche handelte. Das sei allerdings eine geringsfügig erscheinende Nuance, allein es begründe doch einen gewissen Unterschied, da dies die vertrauliche Form der Mittheilung zwischen zwei Regierungen sei. Derlei Depeschen pflegten anderen Regierungen offiziell nicht mitgetheilt zu werden; so habe denn auch das auswärtige Amt keine amtliche Kenntniss von der in Rede stehenden russischen Demarche. Es liege daher weder für die Regierung noch für jemand anderen eine Verantwortung vor, sich darüber zu äußern, und zwar vorerst um so weniger, als, was wohl das Erste sei, die Pforte selbst noch keine Antwort erteilen zu haben scheine. Besondere Erklärungen in dem vom Referenten angedeuteten Sinne seien übrigens seitens Oesterreich-Ungarns bei der Pforte deshalb nicht nöthig, weil dort nicht der geringste Zweifel über die diesseitige Auffassung der bulgarischen Angelegenheiten bestehen könne. Die Regierung habe der Pforte sowohl wie Bulgarien jeder Zeit angethan, im eigenen wohlverstandenen Interesse möglichst gute Beziehungen zu pflegen, und namentlich Bulgarien empfohlen, das Verhältnis zum Souverän zu achten. Bei den wohlwollenden Gesinnungen des Sultans für das Fürstenthum sei nicht daran zu zweifeln, daß dessen gegenwärtige freundliche Stimmung und die freundschaftlichen Beziehungen Bulgariens zu der Pforte von Dauer sein würden. Ein direktes Eingreifen in dergleichen diplomatischen Zwischenfälle habe immer zwei Seiten. Es sei leicht eine Depesche zu schreiben, aber durch einen solchen Schritt werde dann oft die Angelegenheit erst recht aufgebauscht, welche sonst zu keiner weiteren Konsequenz geführt hätte. Und was andere Mächte bezüglich des russischen Vorgehens in Konstantinopel gethan hätten, davon habe er keine Kenntniss. Er glaube aber nicht, daß irgendwo der Wunsch bestehe, sich in diesen Schriftwechsel zwischen Russland und der Türkei einzumischen.

Paris, 14. Oktober. (W. T. B.) Der Budgetausschuß der Reichsraths-Delegation hat in der Abendsitzung vollständig das Ordinarium und Extraordinarium des Heeresbudgets angenommen.

Frankreich.

Paris, 12. Oktober. Duret hat nun auch Bebel interviewt, der behauptet, daß die Wahlen nicht Sonntags stattfinden, wie in Frankreich, und daß man erst vom 25. Jahre ab wählen könne, denn sonst würden die Wahlergebnisse noch viel günstiger sein. Die Jugend sei sozialdemokratisch. Eine deutsche Republik, erklärte er ferner, sei unmöglich, da die kleine Bourgeoisie im Gegensatz zu der von Frankreich monarchistisch sei. Wenn die Revolution in Deutschland stattfinden werde, werde sie gleichzeitig politisch und wirtschaftlich sein; die politische könne letzterer nicht vorangehen. Auf Bebel's fernere Aeußerungen, die sich zum Theil auf den Kaiser bezögen, will ich nicht weiter eingehen. Er versicherte, daß er und die Seinen keine durchaus keine Patrioten seien, dagegen schien er die Erklärungen Liebknechts, von dem in dem Interview merkwürdigerweise nicht die Rede ist, dadurch abschwächen zu wollen, daß er wiederholt erklärte, die Seinen würden unter allen Umständen, wenn auch gezwungen, gegen Frankreich kämpfen, ja, er würde sogar auf Gussow schießen, wenn es der Zufall wolle. Liebknecht hatte bekanntlich ausgesprochen, er werde mit den Seinen für das ungerecht angegriffene Frankreich und gegen das Vaterland die Waffen ergreifen. Jedenfalls hat Bebel darin recht, daß sie beide — solche Patrioten sind.

Paris, 14. Oktober. Der General-Berichterstatter für das Budget erstattete heute in der Budgetkommission einen Gesamtbericht über das Budget, wie es sich nach den verschiedenen Änderungen gestaltet hat. Darnach übersteigen die Ausgaben die Einnahmen um sechs Millionen Franken. Die Kommission wird die Regierung ersuchen, über die Mittel zur Deckung des Ausfalls Mittheilung zu machen. Der Finanzminister Rouvier hat der Budgetkommission mitgetheilt, die im Budget vorgesehenen Ausgaben für die Zinsgarantie der Eisenbahnen müßten erhöht werden um 34 Millionen zur Deckung der Rückstände früherer Budgets. 25 Millionen davon würden durch einen Theil des Einnahme-Ueberflusses des Budgets für 1891 gedeckt werden. Ueber die Mittel zur Beschaffung der übrigen 9 Millionen werde er sich morgen in der Kommission äußern.

Paris, 14. Oktober. (W. T. B.) Marquis Solages, einer der Verwaltungsräte der Vergewerke in Carmaux und Deputirter des Departements Tarn gab seine Entlassung als Deputirter in der Erwartung, daß die Niederlegung seines Mandates der Beilegung des Konflikts in Carmaux förderlich sei.

Paris, 14. Oktober. (W. T. B.) Wie ein vom 12. Oktober datirtes Telegramm des Obersten Dobs an den Marineminister meldet, haben die französischen Truppen am 10. d. M. die feindliche Position bei Sabori besetzt. Die Dahomeyer hatten die Stellung bereits verlassen, im Lager und auf der Rückzugslinie zurückgelassener Proviant befandete die Erde ihren Geruch. Die französische Kolonne setzte dann ihren March fort und traf am 12. d. M. jenseits Duombedi auf die Vorposten der Dahomeyer, welche etwa 10 Kilometer von Kara eine stark verthante Stellung besetzt hielten. Ein für die Franzosen siegreiches Gefecht entspann sich, in welchem auf französischer Seite vier Soldaten getödtet und zwölf verwundet wurden. Oberst Dobs setzte hierauf seinen Vormarsch fort.

Paris, 14. Oktober. (W. T. B.) In den ersten 9 Monaten des laufenden Jahres betrug die Einfuhr Frankreichs 3394 Millionen Franken gegen 3471 Millionen Franken in derselben Zeit des vorigen Jahres. Die Ausfuhr belief sich während desselben Zeitraumes auf 2652 Millionen Franken gegen 2555 Millionen im Vorjahre. Im September d. J. wurde an Zahlungsmitteln für 82 Millionen Franken weniger als im September 1891 eingeführt.

Italien.

Rom, 14. Oktober. Der „Riforma“ zufolge brachen in Venzani in Tripolis in Folge der dort herrschenden Hungersnoth ernste Unruhen aus, die halbverhungerte Bevölkerung plünderte die Regierungsmagazine; Truppen sind bereits nach Venzani abgegangen.

Genoa, 14. Oktober. (W. T. B.) Der Ueberfluthung in Bafalla stieg Wasser bis zum zweiten Stockwerk eines H

Annahme von Intereten Rohmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstien & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens, Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

giglich besonders bei kleinen Kindern. *Wacht wenn dieser Schutzmarke*
Zinntuben à 40 Pfg. in Blechdosen à 20 und
den meisten Apotheken und Drogerien.
Depôt: Richard Horsch, Berlin NW. 21.